Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 536 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 22. November

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 5gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Moskau schürt den Brand

Die Lichtenburger Kommunistenaktion

Neue Generalstreikdrohungen aus Halle

Zu den kommunistischen Radaufzenen im Reichstage und Abgeordnetenhaus wird aus Berlin ergänzend geschrieben:

„Die Vorgänge in den Parlamenten, der Lichtenburger Hungerstreik und verschiedene Putschversuche in den Betrieben stehen in engstem Zusammenhang. Der Radau in den Parlamenten wurde **genau nach den Anweisungen Lenins und Sinojews** ausgeführt, er ist ein getreuer Abklatsch ähnlicher russischer Ereignisse. Man nutzt die leider bestehende Teuerung aus, um die Massen noch russischem System in eine neue Aktion hineinzuhetzen. Heißt es doch z. B. in einem Kommunisten-Rundschreiben vom 25. Juni d. J., das Richtlinien für die „Aufpeitschung der Bevölkerung" gibt: „Vorfälle hierfür lassen sich hundertfältig jeden Tag konstruieren. Danebenher gehen müssen Ereignisse, die geeignet sind, die Regierung in Konflikte zu verwickeln, ihre Lage zu erschweren und zu erschüttern." Man erinnere sich an die ersten Lebensmittelplünderungen in sächsischen Städten, die als Auftakt für die folgenden Plünderungen in Berlin zu betrachten sind, und die jetzige politische Aktion, die die Kommunisten mit aller Gewalt forcieren wollen. Wie planmäßig alle diese Dinge vorwärtsgetrieben werden, unter Mitwirkung landfremder Agitatoren, dafür bietet die Tätigkeit eines bolschewistischen Bureaus „Bint" in Berlin einen Beweis. Dieses Bureau, das sich „Bureau für ausländische Wissenschaft und Technik" nennt, unterhält sehr enge Verbindungen zu dem Zentralausschuß der K. P. D. Es haben dieser Tage Besprechungen zwischen beiden stattgefunden, mit dem Ziel einer größeren Aktion unter den Eisenbahnen. Die Agenten der K. P. D. sollen zunächst unter den Eisenbahnern Stimmung für die Erhebung höherer Gehaltsforderungen machen, und, wenn die Sache weit genug gediehe, will man politische Forderungen erheben.

Gleichzeitig soll auf dieselbe Art unter den Gas- und Elektrizitätsarbeitern gewirkt werden."

*

Die **Kommunisten Halles** sind weiter am ihrer Wühlarbeit. Sie haben gestern folgendes Telegramm an das Reichsjustizministerium und das preußische Justizministerium gesandt:

Ersuchen sofortige Freilassung im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen Zuchthaus Lichtenburg, heute abend kein endgültiger Bescheid, gesamte städtische Arbeiterschaft Dienstag geschlossen Generalstreik.

Mit allen Mitteln wird versucht, die Arbeiterschaft aufzuputschen. Indessen werden sie keine reine Freude erleben. Selbst die Mehrheitssozialisten wenden sich gegen diesen kommunistischen Terror. Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß sich die Krankenkassenangestellten Halle und Saalkreis mit den Kommunisten solidarisch erklärt haben. Das sei für alle Zukunft gebucht und verdient die rechte Antwort: Heraus aus der kommunistischen Ortskrankenkasse Halles!

Immerhin, was haben alle „Maßnahmen" der Regierung, die vielleicht unternommen werden zum Schutz der Ruhe und Sicherheit des Landes — vielleicht auch nicht — für Zweck, wenn man nicht das Uebel an der Wurzel ausreißt. Hinaus mit den Sendlingen aus Moskau! Ueber die Grenze mit den Wühlern und Hetzern aus dem Osten! Nur dann erst wird Ruhe werden, wenn dieses Geschmeiß vom deutschen Boden verschwindet. — Freilich Herr Severing und seine Genossen im Reich haben — „Wichtigeres" zu tun.

*

Ein Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, der am Sonntag erschien, zeigt das Wachstum radikaler Strömungen. Für die proletarischen Mindestforderungen auf Erfassung der Sachwerte, sofortige Einziehung der Besitz- und Einkommensteuern und Sozialisierung des Bergbaues sollen überall Volksversammlungen einberufen werden. „Harte und schwere Kämpfe" werden vorausgesagt und als Ziel wird die Verwirklichung des Sozialismus gezeigt: „die Entscheidung fällt noch vor Weihnachten, haltet Euch bereit."

Der Schwindel des Hungerstreiks

Ein Teilnehmer an der Informationsreise des Reichstagsausschusses nach Lichtenburg schreibt:

Sowohl im Reichstage als auch im Landtage führten Kommunisten und Unabhängige am letzten Sonnabend wegen des Hungerstreiks der Strafgefangenen im Zuchthaus Lichtenburg Skandalszenen herbei, die im Landtage damit endeten, daß die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte und die beabsichtigte Wahl eines Untersuchungsausschusses nicht zustande kam. Der Reichstag beschloß, einen Untersuchungsausschuß von acht Mitgliedern einzusetzen, der die Angelegenheit weiter verfolgen soll. Dieser Ausschuß konstituierte sich am Sonnabend, noch während der Sitzung, unter dem Vorsitz von Rehbinder (Ztr.), Truhn (Deutschnationale Volkspartei) und Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.). Am Sonntag morgen wurde sofort die Fahrt nach Lichtenburg angetreten. Die Strafanstalt Lichtenburg, ein ehemaliges Kloster, liegt unweit des Städtchens Prettin im Kreise Torgau. Bei Ankunft der Kommission waren schon je ein Vertreter der Staatsanwaltschaft in Naumburg, des Preußischen Justiz-Ministeriums und des Reichs-Justiz-Ministeriums anwesend. Die Genannten sowie der Anstaltsdirektor hielten dem Ausschuß zunächst einen informatorischen Vortrag, woraufhin dann der Ausschuß die Sträflinge selber aufsuchte. Von den 125 Gefangenen, die am 13. November in den Hungerstreik eintraten, sind, ohne daß irgend welche Komplikationen eingetreten sind, am 19. November 32 nach Torgau transportiert und in der dortigen Strafanstalt und im Gerichtsgefängnis untergebracht worden.

Die noch in Lichtenburg gebliebenen 98 „Hungerstreiker" haben bis auf 30 schon wieder den Streik aufgegeben. Ueber die nach Torgau Transportierten konnte nur so viel mitgeteilt werden, daß auch dort schon einige der Gefangenen, die sich noch weiterhin weigern, Speise zu sich zu nehmen, erklären, sie würden auf keinen Fall sich bewegen lassen, zu essen; sie wollten ihre Freiheit wieder haben, da sie sich nicht schuldig fühlten. Als den Gefangenen bekannt geworden war, daß eine allgemeine Amnestie abgelehnt worden sei, erklärte deren Sprecher (sie sind nämlich in zwei nebeneinander liegenden Sälen untergebracht, sie würden jetzt, weil sie keine Aussicht hätten, in absehbarer Zeit aus dem Zuchthaus herauszukommen, nichts mehr essen; man müsse ihnen gestatten, an die Kommunistische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Briefe zu schreiben. Diesem Wunsche wurde entsprochen. Auch wurde dem Verlangen einer in einem anderen Flügel des Gefängnisses untergebrachten Anzahl von Gefangenen, die aus dem gleichen Anlaß, wegen Straftaten während des mitteldeutschen Aufruhrs im März d. J., bestraft sind, mit ihren Genossen denselben Saal zu teilen, entsprochen. Die Gefangenen sind jetzt, soweit die Räumlichkeiten dazu vorhanden sind, dislozierte, d. h. sie sind zu 2 und 3 in Einzelzellen, und soweit solche nicht zur Verfügung stehen, in Gruppen zu 10, 15 und 20 untergebracht.

Die Sträflinge machten nicht den von kommunistischer Seite behaupteten Eindruck, als ob sie im Sterben lägen, im Gegenteil, die Mitglieder des Ausschusses einschließlich des Vertreters der Unabhängigen und Kommunisten Dr. Herzfeld, gewannen den Eindruck, daß die wirkliche Sachlage mit der in der Oeffentlichkeit behaupteten nicht übereinstimme. Nach den von dem Vertreter des Reichs-Justiz-Amtes auf Erfordern der Abgeordneten gemachten Feststellungen aus den Strafakten handelt es sich durchgängig um schwere Zuchthausstrafen für Verbrechen gegen Leben und Eigentum anderer. Gleichwohl behauptete der Sprecher der Gefangenen, daß sie sich unschuldig fühlten und in dem, was sie getan, nichts Schlimmes erblickten. Die Einzelheiten sollen in einer am Dienstag im Reichstag stattfindenden Ausschußsitzung mit der Justizverwaltung weiter beraten werden. Als äußerst auffällig muß es bezeichnet werden, daß Menschen, die sieben volle Tage gehungert haben wollen, noch imstande sind, ihre Decken, Pakete u. dergl. tragend, im Gefängnisgebäude 2 Treppen hinauf zu steigen, wie das diejenigen Gefangenen getan haben, die nach Torgau transportiert wurden und dort die Treppen im Strafgefängnis hinaufstiegen. Solche Umstände legen die Frage nahe, ob die Gefangenen denn auch wirklich nichts zu sich genommen haben. Die Beamten der Anstalt sind der Meinung, daß die Gefangenen, obwohl sie die Anstaltsnahrung verweigert haben, trotzdem Speise zu sich genommen haben und zwar aus ihren Paketen, die jeder von seinen Angehörigen von Zeit zu Zeit empfangen darf.

Die Beamten glauben, daß die kommunistischen Gefangenen diese Aktion schon seit längerer Zeit vorhatten und für diesen Hungerstreik ihre Pakete gewissermaßen aufgespart hatten, so daß diese während der 8 Tage, wenn auch nicht viel, so doch immer heimlich etwas gegessen haben. Als die Gefangenen am Sonnabend die beiden Säle, in denen sie bis dahin untergebracht waren, verlassen mußten, um dislogiert zu werden, nahmen sie ihre auf Wandbrettern liegenden Pakete mit, und die Beamten hatten den Eindruck, daß diejenigen, die noch Pakete hatten, sehr besorgt darum waren, daß sie sie auch mit sich nehmen konnten. Ein Gefangener meinte dabei, ohne daß er bemerkte, daß der Beamte es hörte, zu seinem Nachbar: „Meine Wurst wird mir doch noch verschimmeln." Die Beamten sind der Meinung, daß einige Gefangene, die selber keine Pakete mehr hätten und körperlich schwach würden, solche sind, denen die anderen aus Besorgnis für sich selbst (unter den Gefangenen hat sich eine Gruppe für sich herausgebildet) nichts zu essen abgeben. In einer Schlußbesprechung der Kommission im Konferenzzimmer des Direktors mit den Justiz- und den Anstaltsbeamten erklärte ein Kommissionsmitglied, daß nach seiner Ueberzeugung die Mehrzahl der Leute, mit denen in den 3 Stunden der Rücksprache in den Einzelzellen Unterhaltungen gepflogen wurden, nicht 8 Tage gehungert haben könnten.

Die Unterhaltungen seien in der Mehrheit so impulsiv, geistig so rege geführt worden, daß es unmöglich sei, anzunehmen, die Leute hätten 8 Tage gehungert. Die anwesenden 3 Aerzte erklärten, daß dieser Behauptung gegenüber sie weder nein noch ja sagen könnten, sie könnten sich aber auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gefangenen gegessen hätten. Bestimmtes aber könnten sie nicht sagen, da ihnen der Hungerstreik in Deutschland etwas Neues sei, und ihnen somit jeglicher Maßstab fehle. Nach dem ärztlichen Befund stand man unter dem Eindruck, daß zwei Drittel der Leute unbedingt gegessen hätte, ein Drittel vielleicht nicht, da sie schon einen schwächeren Pulsschlag hätten und auch sonstige Symptome dafür sprächen, daß sie körperlich leiden. Die Anwesenheit der Kommission hat augenscheinlich beruhigend gewirkt, denn die Anstaltsleitung stellte beim Fortgang der Kommission fest, daß sich die Zahl derjenigen, die etwas zu sich nehmen, so vermehrt habe, daß nur noch zirka 80 als im Hungerstreik verbleibend gezählt werden.

*

Wie wir erfahren, hat in der Nacht zum Sonntag eine Umquartierung der politischen Gefangenen stattgefunden. Ein Teil wurde nach Wittenberg, der andere nach Torgau gebracht. Die Anführer wurden in ein Fort bei Torgau überführt; sie scheinen den Hungerstreik fortsetzen zu wollen; die übrigen 90 haben erklärt, den Hungerstreik aufgeben zu wollen.

Die Lage hat sich insofern verschärft, als die politischen Gefangenen in Wittenberg den Hungerstreik begonnen haben.

Auch so einer!

In diesen Tagen wurde der Beleidigungsprozeß des Königsberger Polizeipräsidenten Lübbring gegen den Chefredakteur der „Ostpreußischen Zeitung", Eduard Kenkel, vor der Ersten Strafkammer des Landgerichts Königsberg beendet.

Die Verhandlung wuchs sich zu einem politischen Sensationsprozeß aus. Obwohl der Angeklagte Kenkel wegen formaler Beleidigung in zwei Fällen unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, verließ er als Sieger den Gerichtssaal, denn während der Verhandlung hatte sich das Bild gewandelt: Aus dem Beklagten wurde der Ankläger, der umfangreiche Beweise für die wiederholten Gesetzesübertretungen des Polizeipräsidenten Lübbring beibrachte. Als besonderes Moment sei hervorgehoben, daß Lübbring eine unwahre eidliche Aussage nachgewiesen wurde. In einem früheren Strafverfahren gegen den deutschnationalen Schriftleiter Prof. Rahn hatte Lübbring unter Eid bestritten, sich der Nötigung schuldig gemacht zu haben. Jetzt aber wurde durch die eidliche Vernehmung des Polizeiassistenten Ohme und Prof. Rahn, ferner aus einem polizeilichen Protokoll nachgewiesen, daß Lübbring die Nötigung begangen habe. Er gab seinen „Irrtum" zu. Die Verteidiger des Angeklagten ließen ihn ohne Widerspruch des Gerichts nicht im Zweifel darüber, daß dieser „Irrtum" sich als Meineid, mindestens als fahrlässiger Meineid qualifiziere. Außerdem folgte das Gericht der umfangreichen und eingehenden Beweisführung des Angeklagten, daß der Polizeipräsident Lübbring sich bei der Verhaftung der vier deutschnationalen Redakteure im März 1920 gegen eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen vergangen hat. Es liegt Freiheitsberaubung, Mißbrauch der Amtsgewalt vor, Verhinderung der Zulassung des mit Vollmacht versehenen Rechtsbeistandes zu den Inhaftierten, Unterschlagung eines von den Inhaftierten an den Oberreichsanwalt in Leipzig eingereichten Beschwerdebriefes, ferner vollendete Nötigung und Bedrohung, weil Lübbring drei der verhafteten Redakteure entlassen hatte gegen die ihnen aufgezwungene Verpflichtung, sich politisch nicht zu betätigen und weil er ihn und dem Chefredakteur Kenkel angedroht hatte, sie sofort wieder zu verhaften, sobald sie etwas in der „Ostpreußischen Zeitung" schrieben, was ihm, dem Polizeipräsidenten, nicht gefiele. Durch die Beweisaufnahme wurde ferner festgestellt, daß Lübbring auf das Gesetzwidrige seiner Handlungsweise von verschiedenen rechtskundigen Stellen aufmerksam gemacht worden sei, sich denen gegenüber aber wegwerfend über gesetzliche Vorschriften geäußert habe.

Alsdann wurde bewiesen, daß Lübbring in einem Weinlokal die Polizeistunde eigenmächtig verlängert hatte, um mit einigen Kollegen von der Stadtverordnetenversammlung über die Polizeistunde hinaus gemütlich beisammen sein zu können.

Der Anklagevertreter, Staatsanwaltschaftsrat Seeliger, wollte Lübbring damit entschuldigen, daß er ein Polizeipräsident „ohne fachliche Ausbildung" sei. (Lübbring war früher sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär.) In dem Zeitungsartikel des Angeklagten Kenkel sehe er trotz allem schwere Beleidigungen, billige dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Inter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111221-15/fragment/page=0001

essen) zu, beantrage aber trotzdem eine Geldstrafe von 1000 Mark. Dem Angeklagten sei zwar im großen und ganzen die Beweisführung gelungen, daß der Polizeipräsident Lübbring objektiv Gesetzesübertretungen begangen habe, aber es fehlen die Beweise dafür, daß subjektiv Lübbring ein Gesetzesverächter sei. Bei Begründung des eingangs erwähnten Urteils führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kickton, aus, daß das Gericht überzeugt sei, daß der Polizeipräsident Lübbring sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlungen gegen den Angeklagten bewußt gewesen sei, ja es unterstellte sogar, daß der Polizeipräsident Lübbring sich bei der Verhaftung des ihm verhaßten Chefredakteurs Kenkel von persönlichen Motiven habe leiten lassen. Trotzdem sei nicht bewiesen, daß Lübbring ein „krasser" Gesetzesverächter sei und deshalb müsse die Verurteilung erfolgen.

Gegen das Urteil wird Kenkel Revision einlegen.

Preußischer Landtag

w. Berlin, 21. November.

Um ½8 Uhr eröffnete Vizepräsident Dr. Porsch die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Dr. Meyer (Kom.) den kommunistischen Antrag auf Befreiung der Lichtenburger Gefangenen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Arbeiterschaft werde alle Mittel anwenden, um die Gefangenen zu befreien.

Vizepräsident Dr. Porsch erklärt, der Justizminister könne erst morgen zu der Sache sprechen, dann könne der Antrag zur Verhandlung kommen.

Abg. **Katz** (Kom.) beantragt, die Sitzung solange aufzuschieben, bis (um etwa 7 Uhr abends) der Minister erscheinen könne.

Abg. Dr. **Heß** (Zentr.): Wir könnten jetzt in die Tagesordnung eintreten und die Sitzung könnte ausgedehnt werden, bis der Minister erscheinen kann.

Abg. **Leib** (U. S.) unterstützt den kommunistischen Antrag.

Dr. **Meyer-Ostpreußen** (Komm.): Der Minister ist heute abend 7 Uhr sicher frei und das Haus könnte auch jederzeit sein Erscheinen verlangen.

Abg. **Stendel** (D. Vp.): Die Lichtenburger Angelegenheit ist eine Reichssache, in die wir nicht eingreifen können. (Widerspruch bei den Komm.) Die übrigen kommunistischen Anträge enthalten Forderungen zum Strafvollzug, die im Reichstage schon abgelehnt sind.

Nach langer Debatte erklärt Abg. **Heilmann** (S.): Die große Mehrheit des Hauses hat gegen eine Verhandlung der Lichtenburger Angelegenheit in einer Abendsitzung nichts einzuwenden, um dem deutschnationalen Einspruch zu begegnen, wäre der Ausweg gegeben, um 7 Uhr eine neue Sitzung einzuberufen, die sich mit der Lichtenburger Angelegenheit beschäftigen könne. Der Vorschlag Heilmann wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Forstetats fortgesetzt.

Abg. **Stree** (Dn.) begründet einen Antrag, der verlangt, daß bei den Kommissionsberatungen über die Revierförsterfrage neben den Vereinen preußischer Staatsoberförster und preußischer Staatsförster auch der Verein preußischer Staatsrevierförster vertreten sein solle.

Abg. **Wende** (S.) befürwortet Anträge seiner Freunde, die staatliche Maßnahmen zur Weiterverarbeitung des in den Staatsforsten geschlagenen Holzes verlangen. Weiter wird die beschleunigte Vorlage eines Forstkulturgesetzes gefordert.

Abg. **Helb** (D. Vp.) empfiehlt den Kommissionsantrag, daß unter Beteiligung von Vertretern des Forstpersonals eine Kommission über die endgültige Regelung der Ausbildung der Förster beraten soll.

Abg. **v. Papen** (Zentr.) unterstützt die Anträge des Ausschusses und wünscht vor allem die Abgabe von Streu an kleinbäuerliche Besitzer. Er beantragt weiter die Erhöhung des Zuschusses der Oberförster von 5 170 000 auf 8 170 000 Mark.

Abg. **Westermann** (Dn.) stimmt den Ausschußanträgen zu und wendet sich gegen eine zu große Ausdehnung des Staatsbetriebes.

Gegen 6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung. Nächste Sitzung um 7 Uhr abends.

Die Abendsitzung

Um 7 Uhr wird die Sitzung eröffnet. — Auf der Tagesordnung stehen die kommunistischen Anträge auf Ausgestaltung des Strafvollzuges und auf Entlassung der politischen Gefangenen in Lichtenburg, ebenso die kommunistische große Anfrage über die Zustände in den Strafanstalten.

Vizepräsident v. Kries eröffnet die Abendsitzung.

Das Haus ist gut besetzt, ebenso die Tribünen. Am Ministertisch: Justizminister am Zehnhoff.

Auch ein sozialdemokratischer Antrag zu demselben Gegenstand ist inzwischen eingegangen.

Der interfraktionelle Ausschuß erstattet zunächst durch seinen Vorsitzenden Bericht über seine Untersuchung in der Lichtenburger Angelegenheit und stellt fest, daß die Gefangenen keinerlei Beschwerde wegen der Behandlung erheben. Nur gegen drei Wärter lägen Beschwerden wegen anderweitiger Fälle vor, die mit dieser Frage nicht im Zusammenhang stehen. Es handle sich lediglich um eine Erregung, die durch die Rede der Angehörigen verursacht ist. Von einer Fahrt nach Lichtenburg hat der Ausschuß angesichts dieser Sachlage Abstand genommen. (Zuruf: Ihr Banditen!)

Der Vertreter des Justizministers hat dargelegt, daß in der Sache völlige Uebereinstimmung mit den Reichsbehörden besteht und eine eventuelle Aufhebung der Strafe Sache des Reiches sei. Preußen habe lediglich den Strafvollzug. Im übrigen sei von Gewaltmaßnahmen nichts bekannt. Die Forderungen der Arbeiter auf Haftentlassung konnte der Ausschuß nicht berücksichtigen, weil er sich hierfür nicht für zuständig rechnet.

Ein Antrag der Unabhängigen ist inzwischen eingegangen, der ähnliche Forderungen über das Niederschlagen des Strafverfahrens der politischen Gefangenen enthält.

Abg. **Menzel-Halle** (Komm.) begründet die große Anfrage. Viele Leute seien völlig unschuldig ins Gefängnis gekommen. Sie hätten nachweisen können, daß sie an den Straftaten nicht beteiligt waren, aber ihre Zeugen seien nicht gehört worden.

Schluß des Berichtes war in vorgerückter Nachtstunde nicht zu erreichen.

*

Das sozialdemokratische Mitglied des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Vorgänge in Lichtenburg, der Arzt Grotjahn, untersuchte die politischen Gefangenen, die die Nahrungsaufnahme verweigern. Er hat, wie er im „Vorwärts" erklärt, festgestellt, daß verhältnismäßig wenig Gesundheitsstörungen infolge des achtägigen Fastens bei den Gefangenen eingetreten sind. Ernstlich erkrankt sei keiner. Von den Hungernden habe nur einer über heftige Leibschmerzen geklagt. Mehrere hätten Pulsstörungen und ein Bild mäßiger Erschöpfung gezeigt. Als die Mitglieder des Ausschusses die Anstalt verließen, habe festgestellt werden können, daß nur noch 80 Gefangene nicht gegessen hatten. Es sei Sorge getragen, daß die Nahrungsaufnahme unter ärztlicher Ueberwachung vor sich gehe. Die Gefangenen hätten mehrmals erklärt, daß sie weder gegen den Leiter der Anstalt, noch gegen das Aufsichtspersonal Klage zu führen hätten.

Wie gemeldet wird, ist die Reichsregierung gewillt, durch positive Maßnahmen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Massen zu verbessern, um ihnen über den schweren Winter hinwegzuhelfen. Die Reichsregierung wird jedoch nicht dulden, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch Gewaltakte, wie die kürzliche Plünderung von Verkaufsgeschäften, gestört werde. Sie wird allen darauf abzielenden Bestrebungen mit größter Energie entgegentreten.

Neue Plünderungen in Berlin

w. Berlin, 21. November.

Heute vormittag sammelten sich mehrere hundert Mann Arbeitslose in der Rosenthaler Straße vor dem Warenhaus Wertheim an, so daß sich die Geschäftsleitung veranlaßt sah, die Türen zu schließen und die Rolläden herunterzulassen. Die Demonstranten zogen darauf weiter und hielten in den Sophiensälen eine Versammlung ab.

Am Nachmittage zog ein Trupp vom Alexanderplatz durch die Königstraße, zertrümmerte eine Schaufensterscheibe in der Konditorei Gumpert, riß die Auslagen aus dem Fenster und lief davon. Auch die Schaufensterauslagen eines in demselben Hause befindlichen Herrenartikelgeschäfts wurden geraubt. Einer der Täter wurde festgenommen.

Weiter wird gemeldet: Die Menge, die nachmittags die Schaufenster eines Konditors und eines Herrenartikelgeschäftes in der Königstraße ausraubten, zog weiter nach der Gertraudtenstraße und plünderte dort ein Herrengarderobengeschäft. Eine Anzahl der Plünderer kleidete sich dort neu ein. Die Polizei konnte etwa 40 Plünderer, gegen die das Publikum eine drohende Haltung einnahm, festnehmen. Die Festgenommenen wurden in einem Polizeiauto zum Polizeipräsidium gebracht.

Die „Schwäbische Tageszeitung" wurde wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf 8 Tage verboten.

Strafantrag gegen den „Vorwärts" wegen Wuchers

In der Fachzeitung „Der deutsche Obst- und Gemüsehändler" lesen wir: „Der „Vorwärts", der sich so lebhaft über „willkürliche Preisaufschläge" entrüstet, hatte vor wenigen Tagen, als wegen der Aussperrung in den Zeitungsbetrieben keine einzige Berliner Zeitung außer „Vorwärts" usw. erschien, nichts Eiligeres zu tun, als den Zeilenpreis für Anzeigen von 6 Mk. auf 10 Mk. heraufzusetzen, natürlich nur für die Zeit seiner konkurrenzlosen Herrschaft auf dem Zeitungsmarkt. Da die Zeitung, ganz besonders unter diesen Umständen, ein Artikel des notwendigen Lebensbedarfs ist, wird die Wucherpolizei hier also Gelegenheit haben, gegen den „Vorwärts" vorzugehen. Ein diesbezüglicher Strafantrag ist von uns bereits gestellt worden."

Dies Verhalten des „Vorwärts" bildet ein würdiges Gegenstück zu dem Vorgehen der Sozialisten in Halle auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Wenn irgendwo verlautet, daß ein Hausbesitzer vom 1. April nächsten Jahres ab einen fünfzigprozentigen Aufschlag auf die Friedensmiete verlangt, dann können sie gar nicht laut genug über angebliche Begehrlichkeit und Ausbeutungssucht der „Hauspaschas" schreien, in den Fällen aber, wo sozialistische Organisationen selbst Hausbesitzer sind, ziehen sie bereits seit dem 1. Oktober von ihren Mietern einen fünfzigprozentigen Aufschlag ein.

Nollet bei den deutschen Werken

w. Berlin, 21. November.

Heute vormittag 9 Uhr erschien General Nollet in Begleitung seines Stabes bei den deutschen Werken, um sich persönlich zu orientieren. Die Vorstände der beiden Werke im Verein mit einem Vertreter des Zentralbetriebsrates gaben Nollet und seinem Gefolge Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die von den Deutschen Werken erhobenen Beschwerden in allen Teilen voll berechtigt sind. Nollet erklärte zum Schluß, daß er irgend eine Entscheidung nicht treffen könne, da hierzu allein der Botschafterrat ermächtigt ist.

General Nollet wird, wie wir erfahren, am Mittwoch in Erfurt eintreffen, um das Werk Erfurt der Deutschen Werke zu besichtigen und mit der Direktion und der Arbeiterschaft Rücksprache nehmen.

Der neue badische Staatspräsident

w. Karlsruhe, 21. Nov.

Der badische Landtag hat heute mit 58 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister wiedergewählt. Zum Staatspräsidenten wurde der Abgeordnete Hummel (Demokrat) gewählt, zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Abgeordnete Trunk (Ztr.).

Schwierigkeiten bei den Sachleistungen

b. Paris, 21. November.

Der Abg. Girod hat eine Interpellation über die Krise angekündigt, die die Einfuhr deutschen Holzes in der französischen Holzindustrie hervorzurufen droht. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, hat Loucheur auf diese Interpellation in einem Briefe geantwortet, in dem er ausführt, es sei erstens nur ein Hundertstel der vorgesehenen Gesamtmenge deutschen Holzes angenommen worden, zweitens werden keine neuen Bestellungen nach Deutschland gegeben werden, ehe nicht die Vorräte der französischen Sägewerke erschöpft seien. Drittens sollen alle deutschen Lieferungen Zöllen unterworfen werden. Girod hat hierauf noch nähere Mitteilungen über die Höhe der vorgesehenen Zölle verlangt und wird seine Interpellation nach Erhalt dieser Antwort zurückziehen.

Verbot der Regimentsvereine im besetzten Gebiet. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandskommission hat laut Schreiben vom 29. Oktober 1921 auf Grund des Art. 2 der Verordnung 6b beschlossen, im besetzten Gebiete die sogenannten Regimentsvereine zu verbieten, weil sie die Sicherheit gefährden. Die Kommission hat ihre Auflösung angeordnet.

„Der Medderkoog"

26] **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Gräfin Luise verwöhnte und bewunderte die Braut des Sohnes, der alte Graf war, wenn auch nicht gerade herzlich, so doch stets von ritterlicher Höflichkeit, Tante Fiekchen voller Bewunderung für die neue Nichte, deren Schönheit ihre kunstliebenden Augen entzückte; aber gerade Tante Fiekchen erfreute sich Karins besonderer Abneigung. Ihr graute vor der kleinen, kümmerlichen Gestalt, vor der Berührung der stets etwas kalten Hände. Das häufige Hüsteln der kränklichen Dame reizte ihre erregbaren Nerven.

Fräulein von Webern fühlte instinktiv diese innere Abwehr heraus und zog sich, soweit Lisa dies zuließ, zurück. Auch mit der jungen Schwägerin verband Karin keine Sympathie. Die fanatisch deutsch gesinnte Lisa wurde häufig von der dänischen Schwägerin in ihrem schleswig-holsteinischen Patriotismus verletzt, so daß es nicht selten zu einem gereizten Wortwechsel zwischen ihnen kam, bei dem Gräfin Luise natürlich stets die Partei der Schwiegertochter ergriff.

Aber heute in ihrer niedergedrückten Stimmung erschien Karin sogar ein Streit mit der Schwägerin besser, als die Einsamkeit ihrer trübseligen Stube. Sie stand auf, legte den herausgefallenen Brief wieder sorgsam zwischen die Blätter des Buches und nahm ein warmes Tuch um. „Gehen wir also!" meinte sie. „Wen willst du denn besuchen?"

„Eine alte kranke Frau, der wir etwas bringen wollen."

Lisa unternahm erst noch einen Streifzug in die Speisekammer, um für die Kranke Kuchen, Fruchtsaft, Eier und Butter in den gewürzigen Henkelkorb, der ihr am Arm hing, zu verstauen.

Der Wind riß ihnen fast die Haustür aus der Hand und die Tücher vom Kopf, als sie hinaustraten.

Aber Lisa stapfte tapfer auf ihren klappernden Holzpantoffeln, die sie über die Stiefel gezogen hatte, durch die großen Schmutzlachen. Karin wich ihnen mühsam mit ihren hochhackigen, feinen Schühchen aus.

„Du hättest auch Holzpantinen überziehen sollen, Karin. Sogar Mama tut das jetzt, wenn sie ins Dorf geht."

„Ich kann mich nicht darin bewegen, sondern falle bei jedem Schritt. Ist hier immer solcher Schmutz?"

„In dieser Jahreszeit schon. Wir kommen jetzt nur noch mit vier Pferden vorwärts, wenn wir in der Nachbarschaft Besuche machen. Aber wenn's friert und der Schnee festliegt, geht's im Schlitten prachtvoll."

„Im offenen Schlitten macht ihr Besuche? Da kommt man ja mit erfrorener Nase an!"

„Freilich — aber die Nasen blassen auch wieder ab."

Karin antwortete nicht. Die Dorfstraße wurde immer unganbarer. Einzelne Steine standen spitz heraus. Dazwischen versank man fast im Morast. Die Häuser mit den festgeschlossenen Türen und Fenstern, den windschiefen Zäunen, auf denen schadhafte Wäsche trocknete, boten jetzt im Winter keinen anmutenden Anblick.

Lisa drückte die Klinke eines Hauses nieder. Brütend heiße, dumpfe Luft schlug ihnen entgegen. Der große Kachelofen in der Ecke strahlte rotglühende Hitze aus. Jedes Fenster war sorgsam mit alten Lappen verstopft. Auf dem unebenen, hartgestampften Lehmboden kneteten ein paar schmutzige Kinder, die aus einer großen Schüssel einen schmierigen Brei herausläffelten. Ein schwarzes Huhn picke am Rande des Napfes und suchte gierig nach herausspritzenden Tropfen und Krümeln. Aus dem hochgetürmten Federbett in der Ecke tönten laute Schnarchtöne. Die Kranke lag tief in ihren buntgewürfelten Kissen eingewühlt. Man sah nichts von ihr als einen hochstehenden Schopf borstiger grauer Haare.

„Geht's der Großmutter besser?" fragte Lisa.

Sie setzte den Korb mit Eßwaren auf den wackeligen Tisch. Die Kinder starrten sie blöde an.

Karin wich bis an die Tür zurück. Die Luft in der Stube benahm ihr den Atem. Die schmutznasigen Kinder, die mit dem Huhn aus einem Napf aßen, erregten ihr Abscheu.

Lisa begegen schien keinen Ekel zu kennen. Sie ging bis dicht ans Bett. Die Kranke hauchte einen widerlichen Branntweingeruch aus. Das rote, gedunsene Gesicht verriet die Trinkerin. Es schien unmöglich zu sein, sie aus ihrem tiefen Schlaf aufzuwecken. Lisa schob die dicken Federbetten zurück. Da sie sich vergeblich nach einem Handtuch umsah, nahm sie ihr Taschentuch, tauchte es in einen Wassereimer, der jedenfalls für das Vieh, nicht für die Menschen bereitstand, und legte es auf die schweißgerötete Stirn der Kranken. Die Kinder ließen den Napf stehen und verfolgten ihr Tun mit gespannter Aufmerksamkeit. Sie unterwies den ältesten Jungen, die Umschläge öfter zu wiederholen. Der Junge nickte. Ein Strahl Verständnis blitzte in seinen wasserblauen Augen. Da er keine Mütze auf hatte, zog er höflich an seinem weißblonden Haarbüschel über der Stirn.

Karin mußte lachen. Sie bückte sich zu dem kleinsten Kind herunter, das mit der Behendigkeit eines Wiesels auf allen vieren über den höckerigen Lehmboden kroch.

„Nimm dich in acht!" warnte Lisa. „Ich glaube, die Kinder haben Läuse."

Karin schrie laut vor Entsetzen. Mit einem Satz sprang sie zur Tür.

„Aber sei doch nicht so albern!" verwies Lisa. „Das haben die meisten Kinder hier. Wenn man ihren Köpfen nich allzu nahe kommt, tut einem das nichts."

Aber Karin ließ sich nicht halten. Sie zog das Tuch, das sie trug, fest unter ihrem Kinn zusammen, und ohne auf Lisas Spotten und Lachen zu achten, lief sie, ohne sich umzusehen, wie gejagt zum Hause hinaus, die Dorfstraße nach der entgegengesetzten Seite hinunter. Himmel, war das ein Land, wo die Kinder mit dem lieben Vieh zusammen aufwuchsen, die Großmütter schnapstrunken ins Bett taumelten, und die Läuse auf den Köpfen der Enkel gediehen.

Gräßlich! Sie kämpfte förmlich mit einem Anfall physischer Uebelkeit. Ihr, der eleganten, verwöhnten Ministerstochter, kam das Leben dieser Leute grauenerregend vor. Sie hat noch nie, ehe sie nach Johannisburg gekommen war, ein Bauernhaus betreten. Dieses Zusammenleben mit dem Vieh — denn auch die Kühe streckten ihre gehörnten Köpfe über die Raufe, wenn die Familie auf der großen Diele beim gemeinsamen Essen saß — erschien ihr wie die fürchterlichste Unkultur. Sogar im gräflichen Gutshause litt ihre sensitive Natur unter tausend Kleinigkeiten, die sie fortwährend wie feine Nadelstiche empfand. Sie lebte überhaupt in einem sonderbaren seelischen Zustand, seit sie in Johannisberg war, in einer Erbitterung, die langsam aus der Tiefe herauf kroch und ihr ganzes Sein bis an den Rand zum Ueberfließen füllte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111221-15/fragment/page=0002

Sitzung der Stadtverordneten

Bewilligung der erhöhten Gehälter und Löhne
Wie in Halle Gesangvereine bewertet werden

Halle, 21. November.

Die Rede zum Fenster hinaus

Man wird sich auf der roten Seite des Hauses die Hände reiben haben: endlich wieder mal eine Tagesordnung der Bevölkerung! Endlich wieder mal Probleme, die uns liegen und für die wir so mannhaft — Front nach der Straße — eintreten können, daß die „Klassenkampf"- und anderen Leser über unsere Leistungen befriedigt sind. Gehaltserhöhungen und Lohnfragen werden das fragwürdige Redetalent der Herren um Bock stets herausrücken, um so mehr, wenn die Tribünen voll sind um des lieben Friedens willen. So gab es denn auch gestern im Rathaus die notwendige Wahlrede anläßlich der Bewilligung der Riesensummen, die für Beamte und Arbeiter in städtischen Diensten bereitgestellt werden müssen, um ihre Einkünfte der Not der Zeit anzupassen. Schwierig war die Erledigung des Punktes der Tagesordnung keineswegs, denn „der Bien' muß" und der Hauptausschuß hatte neben der Bewilligung auch die frühere Ausführung ausgesprochen. Also hätte es ohne begleitende Reden gehen können, wenn eben besagte Herren von der Linken nicht noch einmal der aufhorchenden Straße hätten versichern müssen: Jawohl, nehmen tun wir den Schwindel, aber einverstanden sind wir damit nicht und überhaupt natürlich nur unter Protest!" Was wenn das die Bewilliger nicht erst recht zu komischen Figuren machte!! Dem Beamten ist es völlig gleich, ob 50 Prozent sozialistischer Protest an den Hundertmarkscheinen kleben! Hauptsache ist es: man kriegt sie, und zwar recht bald. Und dem städtischen Arbeiter, der sich wieder einmal nach moskowitischen Meladeien aufersam in Generalstreikspositur stellt, wird das auch einerlei sein! Aber so macht sich das recht gut und — das Geld kriegen sie ja doch.

Daß später dann das mit Recht so beliebte Ende kommt, daß außer den Kommunisten im Stadtparlament auch die Bürger von Halle in der Gesamtheit und es sind auch wieder andere Drohungen, wenn man heute schon verspricht, bei der Frage der Deckung sich ungnädig gebärden zu wollen. Zum mindesten Aufhebung der „Rejaßsteuern" und der Preise für Gas, Wasser und Licht verlangt. Die Kommunisten sollen die Organisation dieser „Abstufung" der Stadt dann erst einmal vormachen; ich wette, sie erzielen denselben Erfolg, den Till Eulenspiegel hatte, als er den Bürgern vom hohen Seil herab die jeweils linken Schuhe herabschüttelte.

Wenn die uferlos sich dehnende Debatte sich noch um Dinge dreht, die einem Durchschnittskommunisten faßbar sind, so ist das immerhin noch allgemein verständlich. Wenn sich aber jene Herren auf Gebiete verlieren, die sie buchstäblich nur vom Hörensagen kennen, so ist das des Gähnens wert oder Lustigkeit. Herr Weber, der tapfere Streiter, hatte das schwere Amt übernommen, gegen die Bewilligung erhöhter Impfgebühren zu sprechen. Das heißt er sprach nur gegen das Impfen und hat es dabei so schwer gehabt, mit den Begriffen zu balanzieren, daß nicht nur außerhalb seiner Partei sich manch einer auf die Lippen biß. „Verschiedene Artikel der Aufklärung wegen sind schon ins Land gegangen". — Sie irren, Herr Weber, haushohe Literatur ist darüber geschrieben und der „Kulturzustand mit seiner Kanalisation und Wasserleitung" hat nichts gebessert, weil nämlich, wie Herr Medizinalrat Bundt fachmännisch erwiderte, der Pockenbacillus in der Luft herumfliegt. Ja, ja, Medizin ist keine komische Sache und der Herr Weber kann vom Glück sagen, daß der Stadtverordnetenvorsteher diesem lustigen Zwischenspiel ein Ende machte, sonst hätte er noch andere Zurufe bekommen als den des Herrn Geheimrat Finger: „Wenn Sie für die Impfgegner solche Propaganda machen, Herr Weber, dann wird Ihre Partei bald ausgestorben sein!"

Und das will Herr Weber nun doch nicht. Er schwieg also und die anderen bewilligten lachend. **

Sitzungsbericht

Stadtv.-Vorsteher Geh. Justizrat Dr. Keil eröffnet die Sitzung, worauf vom Oberbürgermeister Dr. Rive die Vereidigung des Büfettiers Mehlgarten als Stadtverordneter (Kommunist) durch Handschlag vorgenommen wird.

Als Mitglied in den Hauptausschuß für das Jugendamt wird Frau Stadtv. Dr. Lange neugewählt.

Änderung der Vergnügungs-Steuerordnung

Die neue Ordnung weicht von der bisherigen Steuerordnung in wesentlichen Punkten nicht ab. Was zunächst die Kartensteuer betrifft, so ist der Tarif 1, der für das Stadttheater, die Konzerte und Vorträge gilt, unverändert aus der bisherigen Steuerordnung übernommen; nur für die teuersten Plätze sind, der heutigen geschrittenen Geldentwertung entsprechend, einige Stufen hinzugefügt. Der Tarif 2 ist neu; er ist insbesondere für andere Theater (außer dem Stadttheater) bestimmt, die überwiegend ernste Kunst pflegen, und wird praktisch kaum eine wesentliche Bedeutung haben, zumal im Hinblick auf den Abs. 4 des § 6 (Ermäßigung auf Antrag bis zur Hälfte), der besonders für die unter diesen Tarif fallenden Veranstaltungen gedacht ist. Tarif 3 ist ebenfalls neu und sieht eine gegenüber den bestehenden Bestimmungen etwas ermäßigte Besteuerung der Wanderkinos und Zirkusse vor (sie wurden bisher nach den Sätzen des Tarif 4 enthaltenen Sätzen besteuert). Der Tarif 4 ist im wesentlichen der bisherigen Steuerordnung übernommen, mit dem kleinen Unterschied, daß bei Eintrittspreisen über 7 Mk. nicht, wie bisher, 50 Proz., sondern nur 55 Proz. des Eintrittspreises erhoben werden sollen, was praktisch wenig ins Gewicht fällt. Unter diesen Tarif fallen im wesentlichen die gleichen Veranstaltungen wie bisher, vor allem Tanzlustbarkeiten, Varietees, Hypnodrome). Neu ist, daß er auch auf die kleinen Kinos (mit weniger als 400 Plätzen) Anwendung finden soll, für die bisher ein Sondertarif stehend. Diese werden künftig bei den billigsten Plätzen so, wie bisher, bei den teuereren Plätzen, soweit solche hier überhaupt in Frage kommen, etwas günstiger gestellt sein. — Der Tarif 5 unterscheidet im wesentlichen dem bisherigen Tarif für die großen Kinos. Auch hier ist aus denselben Gründen und mit den gleichen Erwartungen, wie bei den kleinen Kinos, für die teuereren Plätze (über 3 Mk., ohne die Steuer) eine Herabsetzung von 60 auf 50 Proz. des Eintrittspreises vorgesehen.

Ueber die Vorlage entspinnt sich eine kurze Aussprache, in der vom Stadtv. Mendorf (Kom.) und vom Stadtv. Albrecht (Mehrheitssoz.) gegen die Vorlage und zwar aus parteipolitischen Gründen, Sturm gelaufen wird. Stadtv. Minner (Dem.) kann nicht die Ansicht der Linken teilen, daß die Vergnügungssteuer unsozial sei, erblickt aber in der Steuer eine Härte gegen die Kinos, weil diese vorwiegend von kleinen Leuten besucht würden. Nachdem Bürgermeister Seydel und Stadtv. Borges (Dem.) die Vorlage warm verteidigt hatten, wird dieselbe angenommen.

Aenderung der Besoldungsordnung

und Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter.

Hierzu ist ein Antrag eingegangen, die Vorlage, soweit sie sich auf die Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder bezieht, aus Persönlichkeitsgründen in die geschlossene Sitzung zu verweisen, der mit 82 gegen 28 Stimmen zur Annahme gelangt. Zur Vorlage selbst wird vom Magistrat u. a. ausgeführt: Für die Beamten in Reich und Staat ist mit Wirkung vom 1. August 1921 ab in Ortsklasse B der Ausgleichszuschlag von 67 Prozent um 24 Prozent auf 91 Prozent erhöht worden. Auf Grund der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten ist die Stadtgemeinde den Beamten gegenüber rechtlich verpflichtet, die in der betreffenden Gruppe befindlichen Beamten nicht schlechter zu stellen, als sie bei Reich und Staat stehen. In Anerkennung dieser Verpflichtung hat der Magistrat am 30. August 1921 mit Wirkung vom 1. August 1921 ab beschlossen: den städtischen Beamten, Beamtenanwärtern, Probisten, ständig Angestellten, Sonderangestellten und Hilfsangestellten sowie den Lehrern und Lehrerinnen an den städtischen höheren, Mittel- und Fachschulen 24 Prozent Ausgleichszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag, und ferner 45 Prozent Ausgleichszuschlag zu den Kinderbeihilfen für die Monate August/September 1921 vorschußweise zu zahlen. Der Versorgungszuschlag der Ruhestandsbeamten und Beamten-Hinterbliebenen regelt sich entsprechend den für die städtische Verwaltung geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Ausführung dieses Beschlusses bedingt eine Mehrausgabe für die Beamten, Angestellten, Lehrkräfte an den städtischen höheren, Mittel- und Fachschulen, Hilfsangestellten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen usw. für die Zeit vom 1. August bis 30. September 1921 von rund 1 110 800 Mark.

Durch die Beschlüsse des Reichs- und Landtages ist sodann weiter auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere der inzwischen eingetretenen Erhöhungen aller Lebensbedingungen im Anschluß an die Lohnbewegungen unter den Arbeitern und Angestellten der freien Berufe eine neue Festsetzung der Gehälter der betreffenden Gruppen notwendig geworden. Der Magistrat beantragt deshalb: 1. den Ausgleichszuschlag für die Beamten, Angestellten und Lehrer der Stadtgemeinde für die Zeit vom 1. August bis 30. September 1921 von 67 Prozent um 24 Prozent zu erhöhen und auf 91 Prozent festzusetzen, und die vorschußweise erfolgten Zahlungen nachträglich zu genehmigen; 2. zugutimmen, daß die von Reich und Land festgesetzten Bezüge für die entsprechenden Gruppen der Gemeindebeamten Anwendung finden und mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. bis März k. J. rd. 17 000 000 Mark); 3. indessen den Vorbehalt zu treffen, daß die endgültige Wirkung der Zahlung der Beträge zu 1 und 2 erst dann eintritt, wenn gemäß der vom Magistrat einzubringenden besonderen Vorlage Mittel zur Deckung der vorgenannten Beträge bereitgestellt worden sind.

Der Berichterstatter, Stadtv. Hoß (Dem.) empfiehlt Annahme der Vorlage. In einer kurzen Aussprache wird von den Stadtv. Albrecht (Mehrheitssoz.), Mendorf (Kom.), Balke (Dem.) zum Ausdruck gebracht, daß die Beamtenschaft mit der neuen Besoldungsordnung keine Zufriedenheit haben könne, weil sie sozial unterschiedlich zu groß sei. Stadtv. Albrecht wünschte, man hätte anstatt der 13 Beamten-Gruppen nur 7 Gruppen aufgestellt, um im Gehalt nicht so große Spannungen herbeizuführen. Man hätte eine Teuerungszulage von 9000 Mk. für alle Beamten, hoch und niedrig festlegen sollen. Stadtv. Balke bedauerte, daß die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft in Berlin für die neue Gehaltsaufstellung im Reiche gestimmt haben, nach der sich nun die Gemeinden zu richten hätten. Im Interesse der Beamten und ihrer schlechten Lage sei man aber dazu gezwungen gewesen, diesen so schnell wie möglich zu helfen. Alle Redner betrachteten die jetzige Gehaltserhöhung infolge der Teuerung als Abschlagszahlung. Der Vorlage selbst wurde zugestimmt.

Durch die Abkommen des Verbandes der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und den Freistaaten Anhalt und Braunschweig einerseits und den Arbeitnehmerorganisationen andererseits vom 2. bzw. 9. November 1921 sind die Löhne der städtischen Arbeiter vom 1. August bzw. 1. Oktober 1921 ab erhöht worden. Die Mehraufwendung, die hierdurch erforderlich wird, beträgt bis zum Schluß des Rechnungsjahres rund 9 000 000 Mk. Die Versammlung beschließt, daß die erhöhten Löhne laufend an die städtischen Arbeiter gezahlt werden, indeß mit dem Vorbehalt, daß die endgültige Wirkung der Zahlung der Beträge erst dann eintritt, wenn gemäß der vom Magistrat einzubringenden besonderen Vorlage Mittel zur Deckung der Löhne bereit gestellt worden sind.

Stadtv. Weber (Komm.) hält die Vorlage als nicht weitgehend genug und stellt den Antrag, auch die Notstandsarbeiter in den städtischen Arbeiterlarif miteinzureihen. Gegen den Antrag fand die Versammlung nichts einzuwenden. Auch die Vorlage wurde angenommen.

Die Versammlung stimmte zu, 1. daß unter Anwendung der früheren Bestimmungen der Siedlungsgesellschaft Sachsenland für 20 Siedlungsstellen in der Kolonie Reiheburg, die mit Einvernehmen des Magistrats zu besehen sind, ein Zuschuß von je 15 000 Mk., zusammen also 300 000 Mk. gewährt wird; 2. daß die 300 000 Mk. dem gemäß Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 17. Oktober aus dem Subventionsgelderfonds vorschußweise bereitgestellten Betrage von 1 Million Mark entnommen werden, der für Zwecke der Schaffung einer Kleinwohnungsanlage bestimmt ist.

Bei dieser Gelegenheit wird

die Kasernenfrage

angeschnitten und beim Magistrat angefragt, ob hierdurch der Wohnungsnot mitgeholfen werden könnte. Stadtrat Dr. May erwidert hierauf, daß dieser Lage die Artilleriekaserne durch eine Kommission einer Besichtigung unterzogen worden sei, wobei festgestellt wurde, daß dort noch 20 Wohnungen für Sipobeamte geschaffen werden könnten. Hinsichtlich der Roßplatzkaserne und der Reiterkaserne sei von den dort amtierenden Behörden der Antrag gestellt, daß für 84 Familien ehemaliger Heeresangehöriger, die in diesen Kasernen jetzt wohnen, Wohngelegenheit in der Stadt beschafft werden möchte. Der Magistrat denke aber nicht daran, weil ihm dies nicht möglich sei. Jedenfalls könne dieser Frage nur durch irgend eine Ablösung seitens des Reiches nähergetreten werden. Die Verhandlungen, die in der Kasernenwohnfrage vom Magistrat geführt würden, würden mit allem Nachdruck weiter verfolgt.

Der Antrag des Magistrats betreffend Festsetzung des Marktstandgeldes wird auf Antrag des Stadtv. Herzberg an den Verkehrsausschuß zurückverwiesen.

Die den Impfärzten bisher gewährte Vergütung von 5000 Mk. soll auf 15 000 Mk. erhöht werden. Hiergegen wendet sich der Stadtv. Weber (Komm.), der die Impfungen überhaupt beseitigt wissen will, ihm pflichtet der Stadtv. Wolf (U. S. P.) bei. Stadtv. Bundt (Dn.) widerspricht den beiden Vorrednern und hebt hervor, daß die Impfungen die Verbreitung der Seuchen verhindert haben. Stadtv. Finger (D. V.) als Referent sagt den Kommunisten, daß, je mehr sie für die Beseitigung der Impfungen Propaganda machen, die Kommunistische Partei bald ausgestorben sein wird. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Die Entschädigung der Beisitzer der Deputation für das städtische Arbeitsamt für die Teilnahme an jeder innerhalb der Arbeitszeit stattfindenden Sitzung wird von 3 auf 8 Mk. erhöht.

Der Magistrat hat beschlossen, für zwei vom städtischen Arbeitsamt in der Zeit vom November 1921 bis Ende März 1922 stattfindende Kochkurse für Hauslehrlinge und Fabrikarbeiterinnen den Betrag von 7500 Mk. aus dem Allgemeinen Dispositionsfonds dem städtischen Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung stimmt dem zu.

Die Instandsetzung der Dächer am städtischen Grundstück Völlberger Straße 55 erfordert außer den bereits im Etat eingestellten 800 Mk. noch weitere 6000 Mk., die von der Versammlung nachbewilligt werden.

Dem Beschlusse des Magistrats gemäß wird beschlossen, die gemachten Ersparnisse in Höhe von 2716,09 Mk. zum Anstriche der eisernen Schutzgitter, Beleuchtungsständer usw. zu der auf dem Felsen der Bergschenke befindlichen Laube zu verbrauchen.

Die bisher von der Ortskohlenstelle benutzten, dort aber nicht mehr benutzten drei Lastkraftwagen sind der Verwaltung der Straßenreinigung überwiesen worden. Zur Unterbringung der Wagen soll der bisherige Krankenstall im Grundstück Klosterstraße 4 hergerichtet werden. Die entstehenden Kosten in Höhe von 2000 Mk. werden bewilligt.

Dem Abschluß des Mietsvertrages mit dem Konditor Voß vom 1. Oktober 1921 bis 30. September 1923 für 8000 Mk. Jahresmietszins wird von der Versammlung zugestimmt.

Zur Förderung künstlerisch bedeutsamer Hallescher Gesangvereine waren im Haushaltsplan 20 000 Mk. eingestellt worden. Der Magistrat hat nun folgenden Verteilungsplan vorgeschlagen: a) der Hallenschen Singakademie 4000 Mk.; b) dem Sängerbund an der Saale, mit der Auflage, aus der Zuwendung insbesondere auch den Männergesangvereinen 1911 zu befriedigen, der einen besonderen Antrag gestellt hat, 3000 Mk.; c) dem Arbeitersängerchor 3500 Mk.; d) dem Freien Sängerchor 2000 Mk.; e) dem Lehrergesangverein 3000 Mk.; f) dem Stadtsingechor 4500 Mk.

Stadtv. Busse (Dn.) betont, daß bei dieser Verteilung wohl nicht alle Momente in Berücksichtigung gezogen worden sind, die eine gerechte Verteilung der Gelder erheischen würde. So sind dem Sängerbund an der Saale mit ca. 800 Mitgliedern nur 3000 Mk. zugesprochen worden, während man den Freien Sängern mit 70 Sängern 2000 Mk. und dem Arbeitersängerchor mit 170 Sängern 3500 Mk. gibt. Die Verhältnisse der einzelnen Gesangvereine ihre Leistungen und über ihre Mitgliederzahl müsse erst festgestellt werden und danach können die Beträge verteilt werden. Er beantragte die Vorlage an den Magistrat bzw. Haushaltsausschuß zurückzuverweisen. Stadtv. Herold (Dn.) hegt ebenfalls Bedenken gegen diese Art Verteilung. Der Antrag Busse wird abgelehnt und die Vorlage des Magistrats mit großer Mehrheit angenommen.

Der Magistrat hat beschlossen, für die abgebenden Schüler und Schülerinnen zwei Aufführungen des Theaterstücks „Wilhelm Tell" zu veranstalten und die entstehenden Mehrkosten in Höhe von 5000 Mk. dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds für 1921 zu entnehmen.

Um allen abgehenden Kindern den Besuch der Aufführung zu ermöglichen, ist es notwendig, zwei Vorstellungen zu geben. Im Haushaltsplan 1921 sind 3000 Mk. für den Theaterbesuch eingestellt worden. Eine Vorstellung kostet 4000 Mk., bei zwei Vorstellungen ist mithin eine Nachbewilligung von 5000 Mk. erforderlich. — Die Versammlung gibt hierzu ihre Zustimmung.

Es erfolgt alsdann die Berichterstattung des Stadtv. Minner (Dem.) über eine Reihe Rechnungsliegungen verschiedener Institute, die genehmigt werden.

Das Gesuch der Bureaudiätare Schmidt, Kümpler, Küprich, Schmidt, Bauer und Ender um Anstellung als Verwaltungssekretäre wird dem Petitionsausschuß und dem Magistrat als Material überwiesen.

Ueber das Gesuch der Kriegsbeschädigten-Organisationsvertreter um Gewährung einer Kohlenbeihilfe für Kriegsopfer (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene) berichtet Stadtv. Mendorf (Kom.). Er beantragt im Namen des Petitionsausschusses, das Gesuch dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Ergänzung, daß den Bedürftigsten eine besondere Zuteilung von Kohlen gewährt werde. Stadtrat Georg bittet die Vorlage heute nicht anzunehmen, sondern abzuwarten, was der Staat für die Kriegsopfer tun werde. Die Vorlage wird im Sinne des Berichterstatters angenommen.

Das Gesuch der Witwe Franziska Pernitsch um Wiedergenehmigung des Verkaufs von Tabakwaren wird abgelehnt.

Von den Kommunisten war ein Dringlichkeitsantrag eingereicht worden, der dahin ging, daß den Angehörigen der politischen Gefangenen eine Unterstützung in Höhe der Erwerbslosen-Unterstützung gewährt werden soll. Stadtv. Günther (Kom.) begründet die Dringlichkeit, die jedoch von der Mehrheit nicht anerkannt wurde. Der Antrag wird somit in nächster Sitzung verhandelt.

Auf die Anfrage der Kommunisten, was der Magistrat bisher in der Kartoffelversorgung getan habe, erklärte der Magistrat, die Anfrage heute nicht beantworten zu können.

Hierauf folgte eine geschlossene Sitzung in der u. a. über die Gehälter der Bürgermeister und der Stadträte verhandelt wurde.

— **Fußball in Mitteldeutschland.** Magdeburg: Fortuna gegen S. C. 99 1:0; Viktoria 96 gegen Viktoria Stendal 0:1. — Halberstadt: Germania gegen Preußen Magdeburg 3:0; Leipzig: Eintracht gegen V. f. B. 1:2; Britannia gegen Olympia 2:1; Fortuna gegen Wacker 4:0; Viktoria gegen L. u. B. 1:1; Spielvereinigung gegen Hertha Berlin 3:0. — Dresden: Brandenburg gegen Guts Muts 4:2; Ring gegen Sportlust 1:0; S. C. gegen Jahn 4:2; S. C. 06 gegen Spielvereinigung 4:0; — Radebeul: V. C. gegen Sportbrüder Dresden 3:2; 05-Eintracht gegen Dresdenia 2:0. — Erfurt: S. C. gegen Spielvereinigung 0:2. — Weimar: S. C. gegen S. V. 01 Gotha 0:5 — Mühlhausen: Sportvereinigung gegen Bimaria Weimar 6:0. — Meßlis: Germania V. f. B. Koburg 0:0. — Jena: 1. Sportverein gegen Borussia Erfurt 2:1.

Kaufe zu streng reellen Preisen alte und zerbroch. Zahngebisse u. Brennstifte zu bedeutend erhöhten Berliner Preisen. Einzelne Zähne von 21—90 M., Gebisse bis 5000 M. Sie schädigen sich selbst, wenn Sie nicht zu mir kommen, da ich fast stets für Höchstgebot garantiere.
Ankauf in **Halle a. S. nur Dienstag, d. 22. Nov.** im Restaurant „Zum grünen Baum", Franckestr. (separ. Zimmer) von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.
Fahrgeldvergütung! **Adermann.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111221-15/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Aktiengesellschaften

★ **Freiberger Bankverein, A.-G., Freiberg in Sachsen.** Die Gesellschaft will ihr Kapital um 1,75 Mill. Mark auf 3,5 Mill. Mark erhöhen.

★ **Schentwerk, Licht und Kraft, A.-G.** Das Grundkapital soll um 17 Mill. Mark auf 75 Mill. Mark erhöht werden.

★ **Hermann Arnheim, A.-G., Berlin.** Die offene Handelsgesellschaft Hermann Arnheim, Berlin, ist in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 4 Mill. Mark umgewandelt worden.

★ **Getreide-Handels-A.-G., Dresden.** Das Grundkapital der kürzlich gegründeten Gesellschaft beträgt 2 Mill. Mark.

★ **Bitterfelder Aktienbrauerei, vorm. A. Brümme, Bitterfeld.** Die G.-V. am 10. Dez. hat die Regularien zu erledigen. Es wird eine Dividende von 6 Prozent vorgeschlagen.

★ **Rostiger Braunkohlenwerke, A.-G.** Die Aktionäre werden aufgefordert, den Umtausch ihrer Aktien gegen Schweizer Fr. 500-Stamm-Aktien der Internationalen Petroleum-Union bis zum 6. Dezember vorzunehmen.

★ **Glückauf, A.-G. für Braunkohlenverwertung, Lichtenau.** Die Gesellschaft beabsichtigt eine Kapitalserhöhung um 2,6 Mill. Mark.

★ **Th. Goldschmidt, A.-G., Essen.** Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist bisher befriedigend. Unter der Voraussetzung, daß nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, glaubt die Gesellschaft mit einem angemessenen Ergebnis auch auf das erhöhte Aktienkapital rechnen zu können.

m. **Neugründung einer Aktiengesellschaft.** (Eigener Drahtbericht des „Manufakturist".) In Leipzig wurde mit einem Grundkapital von 2½ Millionen Mark die Firma Richard Grah u. Richter, A.-G., gegründet. Die Firmabefaßt sich mit der Herstellung von Stoffdauermäsche.

★ **Handelsregister Halle.** Neueintragungen: Offene Handelsgesellschaft Schumann u. Co., Halle a. S., Firma Albert König, Halle. Löschungen: Firma Lippmann u. Co., Gautzsch u. Co., Walter Liebel, Aendrungen bei Karl Artur Liebe, A. Guth u. Co., Korn und Zöllner, A. Riebeckche Montanwerke, A.-G.

m. **Textilarbeiterstreik in Chemnitz.** Wie dem „Manufakturist" gedrahtet wird, sind in zehn Chemnitzer Textilfabriken sämtliche Belegschaften wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Börsenberichte

Berliner Börse. Die Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission lähmten das Geschäft. Man glaubt, daß wesentliche Käufe des Reiches für die nächsten Zahlungen nicht mehr nötig sein werden. Auch die Reise nach London von Stinnes stärkte diese Erwartung. Daher sind am Devisenmarkte nur geringe Umsätze zu verzeichnen. Auch die Fondsbörse zeigte Zurückhaltung. Es lagen vielfach hochkäufmäßige Verkaufsaufträge des Privatpublikums vor. Trotzdem erfuhren die von der Spekulation bevorzugten Papiere teilweise mehr als 100prozentige Steigerungen, so z. B. Alse, Köln-Neuessener Bergwerke, Laurahütte, Mannesmann, Rheinstahl, Adlerwerke, Gebr. Körting, Thale, Westeregeln, Rütgerswerke. Im übrigen waren die Kursbewegungen sehr unregelmäßig und zum Teil abgeschwächt. Valutapapiere waren meist höher, besonders Mexikaner. Am Anlagemarkt war bei geringerer Kauflust Festigkeit vorherrschend. Sprozentige Reichsanleihe büßte jedoch 6 Prozent ein. Bemerkenswert besser waren österreichische Anleihen. Die Börse schloß in ziemlich fester Haltung, am Einheitsmarkt überwogen Abschwächungen. Petroleumaktien erfuhren starke Steigerungen. Deutsche Petroleum und Deutsche Erdöl mehr als 100 Prozent.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 21. November.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk.	373—380, schles.	365—370, meckl. —, fest.	
Roggen, märk.	280—288, pommr. 278, westpr. —, fest.		
Wintergerste	—, Sommergerste 370—385, fest.		
Hafer, märk.	292—295, pomm. —; westpr. —, fest.		
Mais, la Plata —, ohne Prov.-Ang. loco 330—332.			
Weizenmehl 360—1030, Roggenmehl 730—790, fest (je 2 Zentner).			
Weizenkleie 190—195	Roggenkleie 190—195 behauptet.		
Raps 730—790, fest,	Leinsaat 690—720, stetig.		
Victoriererbsen	460—510	Lupinen, blaue	—
Kleine Speiseerbsen	350—420	Lupinen, gelbe	—
Futtererbsen	300—310	Rapskuchen	260—275
Peluschken	—	Leinkuchen	350—360
Wicken	—	Sojabohnenmehl	—
Ackerbohnen	—	Trockenschnitzel	—

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise. Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 31—35.
Haferstroh drahtgepreßt 29—45, Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 30—33.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 93—98, gut, gesund und trocken (Nachmahd) —, gesund und trocken, 83—88, Kleeheu —, alles ab Stationen.

Produktenbericht. Berlin, 21. Nov. Die Haltung wies infolge Abschwächung der Devisenkurse große Unsicherheit auf. Weizen war vermehrt angeboten und die Käufer beobachteten daraufhin Zurückhaltung. Für Roggen wurde dagegen infolge größerer Kauflust für den Norden und auch für den Süden des Landes durchschnittlich höhere Preise als vorgestern bezahlt. Auch Hafer war fest auf schwache Abladungen und Deckungsbedürfnis der Händler für die Proviantämter. Von Mais war hier lagernde Ware angeboten und schwer verkäuflich, während die Auslandsforderungen hochgehalten waren. Gerste behauptete für gute Qualitäten seinen Preisstand. Geringere Sorten waren aber mehr angeboten. Mehl hatte ruhiges Geschäft, ebenso Weizenmehl. In Raps ließen die hohen Forderungen es zu größerem Geschäft nicht kommen. Erbsen waren in guten Qualitäten gefragt. Andere Hülsenfrüchte wurden nicht gehandelt. Futterstoffe blieben behauptet.

Devisen-Notierungen

Berlin, 21. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotdd.	9511,45	9534,55	Paris	1958,00	1962,00
Brüss.-Antwerp.	1888,10	1891,90	Schweiz	5094,90	5105,10
Christiania	3846,15	3853,85	Spanien	3721,25	3728,75
Kopenhagen	4935,05	4944,95	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	6633,65	6646,35	Oesterr. abgest.	9,45	9,55
Helsingfors	592,45	593,55	Prag	270,70	271,30
Italien	1083,90	1086,10	Budapest	29,07	29,13
London	1083,90	1086,10	Poln. Mark	8,00	8,02
New-York	270,47	271,03	Buenos Aires	88,40	88,60

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 21. Nov. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,8 %	7050/7150	Zinn (Banca-Straits-Anzahl	17500/17700
Orig.-Hütt.-Weichblei	2600/2675	Hüttenzz. (mind. 99%)	17200/17300
Orig.-Hütten-Rohzink in freien Verkehr	2700/2750	Reinnickel (98-99%)	15,00/16,00
Remelted-Platt.-Zink	2150/2200	Antimon (Regulus)	2600/2700
Orig.-Hütten-Aluminiu. 98-99% in gekerbten Blöckchen	10000/10900	Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	4925/4975
Orig.-Hütten-Aluminiu. in Walzgraht od. Drahtbr.	/11100	Elektrolytkupfer n. 100 kg	8400
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	2600
		Preis des Zinkhüttenverbandes	2600

Leipziger Notierungen

Leipzig, 21. November.

Chemnitzer Bankverein	—,—	Leipziger Malzfabrik	700,—
Leipziger Hypothekenbank	—,—	Mansfelder Kuxe	28,00
Mitteldeutsche Privatbank	—,—	Oelsnitzer Kuxe	6,00
Cröllwitzer Papierf.	1900,—	Pittler, Leipzig	100,—
Glauziger Zuckerfbr.	2075,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	525,—	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	1300,—	Riebeckbier	1080,—
Portland-Zement	—,—	do. Vorzugsaktien	140,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	825,—	Rositzer Zuckerfabr.	1200,—
Körbisdorfer Zukerf.	2100,—	Rudelsburger Zementfabrik	980,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	1900,—	Sachsenwerk	900,—
		Sondermann & Stier	715,—
		Stöhr & Co.	2545,—
		Zimmermann, Halle	1700,—
		Zimmermann, Chemnitz	920,—

Hauptschriftleiter: Hermann Bottcher
Verantwortlich für Politik: Hermann Bötcher; für politische Nachrichten: Ernst Wesserfrühlbt; beim politischen Teil: Hermann Bötl; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Heinrich; für die Wirtschaft, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellhorn. — Für den Anzeigenteil: Paul Gerken, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Berliner Börse vom 21. November 1921.

Sperrdruck unterstrichene Ziffern bedeuten Dividendenvorschläge

	heute	gestern
Festverzinsl. Wertpapiere		
D. Rs-Sch 1918	5	99 60 99 50
do. III 17	5	99 60 99 70
do. IV-V 16	4½	84 40 84 25
do. VI-IX aufg.	4½	72 — 72 —
do. fdl. 1924	4½	94 10 94 10
Dt. Reichs-Anl.	5	77 80 77 60
do. do.	3	78 — 76 75
do. do.	3½	71 10 71 50
do. do.	2	97 — 108 —
Schutzgb.-Anl.		165 — — —
D. Sparpr.-Anl.		83 80 83 25
Pr. St.-Sch. 21	5	99 80 99 70
do. 22	5	99 10 99 —
do. 24 (Hilf.)	4½	89 10 88 —
do. (auslosb.)		87 — — —
Pr. Kons. Anl.	4	72 60 72 10
do. (Stuff.-A.)	3½	64 25 62 50
do. do.	3½	63 50 63 —
do. do.	3	62 50 61 —
Bad. A. 66-14	4	81 — 83 —
Bayr. Anl.	4	81 50 80 —
do.	3½	67 75 67 50
do. Land-Kult.	3½	— — — —
do. Eisb.-Obl.	3	— — — —
Hamb. St.-R.	3½	78 25 — —
do. St.-A. 19	4½	97 — 97 —
do. do. 07-14	4	97 75 97 —
Hess. Anl.	4	— — 82 —
do.	3	78 — 78 75
Sächs. St.-A. 19	4	79 — 79 —
do. St.-R.	3	— — 61 25
Württ. St.-A.	4	86 — 86 —
Pr. C.-B. 99-01	4	99 75 106 —
Stadtanleihen		
Aachen	4	92 — 97 —
Berliner	6½	95 — 95 —
do.	90	93 — — —
do.	12	90 — 90 —
Lübtitg. 89-98	4	77 75 62 75
Köln	4	103 — 101 —
Düsseldorf	4	81 — 81 —
Erfurt. St.-A.	3½	— — 78 —
do.	3½	— — 78 —
Frankf/M 07-11	4	107 — 109 —
do. 13	4	107 — 106 —
Münch. St.-A 14	4	— — 104 —
Nürnb. St.-A.	4	92 — 93 —
Potsdam 1919	4	81 50 79 —
Schlesien 07	4	78 80 79 —
Stettiner	4	— — 82 75
do.	3½	— — — —
Pfandbriefe		
Berliner neue	4	95 50 95 50
do. do.	3½	86 75 86 75
Brandenbg.	4	100 — 100 —
Ostpreußische	4	94 75 101 —
do.	3½	79 — 86 —
Pommern	4	109 75 117 —
do.	3½	95 — 100 —
Posensche L.D.	4	28 — 33 75
do. L.E.	4	28 — 33 75
do. 11-17	3½	23 — 29 —
Sächs. Provzl.	4	— — — —
do. do.	3½	111 — 103 —
do. do.	3	— — — —
Schles. landl. A.	4	100 — 100 —
do.	3½	90 — 96 —
Westfälische	4	102 75 108 —
Westpr. ritt.	4	80 — 75 —
do. II	4	— — — —
do. neul.	4	66 — 68 —
do. I B	3½	85 — 86 —
do. II	3½	— — 80 —
do. neul.	3½	61 50 60 —
Berl. Hypoth.	4	— — 126 —
Dt. Hypoth.	4	110 — 110 —
Meiningen	4	— — 110 —
Pr. Boden	4	— — 104 —
Pr. Hypoth.	4	— — 104 —
Ausländ. festverzinsliche Wertpapiere		
Mexiko 1899	1½	— — 2900 —
do. 1904	1½	— — 2100 —
Oest. St-Bah. 14	4½	37 25 26 —
do. „ Eisb. A.	4½	— — 32 —
do. Goldanl.	4	115 — 110 —
do. Kronen R.	4	— — 26 —
do. konv. R.	4	34 — 26 —
do. Stilk. R.	4½	— — — —
do. Pap. R.	4½	— — — —
Rum. konvert.	4	120 — 119 50
Türk. Adm. A.	4	— — 129 50
do. Bagd.-B.	4	— — 172 —
do. do. II	4	— — 172 —
Türk. unif. A.	4	— — 400 —
do. do. B.	4	— — 110 —
do. do.	4	— — 110 —
do. Zoll-Obligl.	4	— — 130 —
Ungarn	4	— — 260 —

	heute	gestern
Oesterr. Cred.	11½	— — 110 —
do. Lladd.	6	— — 210 —
Osnabr. Bank	8	— — — —
Pfälz. B.	10	— — 499 —
do. Hyp. B.	8	— — — —
Potsdam. Kr-B.	5½	— — 280 —
Preuss. Bodkr.	7½	— — 350 —
do. Ctrbod. Ur	7½	— — — —
do. Hyp. B.	7	— — 240 —
do. Pfdbr.	7½	— — — —
Reichsbank	8½	— — 251 —
Rhein. Cred. B.	10	— — 460 —
Rheinl. Hyp.	10	— — — —
Sächs. Bank	7	— — 500 —
Südd. Bodkr. B.	8	— — — —
do. Disc.Ges.	8	— — — —
Wiener Bkver.	12	101 — 84 75
Württ. Bk. An.	8	— — — —
do. Vereinsb.	8	— — — —
Kolonialwerte		
Dt. Ostafrika	—	579 — 620 —
Kamer.-E.L.B.	—	— — 335 —
Neu-Guinea	—	900 — 710 —
Otavi-Min.u Eb	—	1302 — 1239 —
do. Grundbesch.	—	1248 — 1100 —
South W-Afrik.	—	— — 551 —
Ausl. Eisenb.-Aktien		
Oest.-Ung. St.	7½	— — 240 —
Südost. Lomb.	—	— — — —
Baltim. u. Ohio	—	— — 975 —
Canada	—	996 — — —
Pennsylvania	—	— — — —
Anatolier	—	— — — —
Lux. Pr. Hein.	—	— — — —
Orient Eisenb.	—	— — — —
Westeis. Eisb.	1	— — — —
Deutsche Eisenb.-Akt.		
Braunsch. Ld.	0	— — 329 —
Halberst Blank	0	— — — —
Halle-Hettst.	0	— — — —
Schantung-B.	0	675 — 670 —
do. Genußsch.	—	2500 — 2600 —
Dt. Klein- u. Straßenb.		
Allg. Dt. Kib.	0	324 — 300 —
do. Lok. u. Str.	7½	— — 460 —
Dt. Eisenbr.	7	— — 560 —
Erfurt. E.St.B.	7½	— — — —
Gr. Berl. Str. B.	4½	— — — —
Gr. Kassel. Stb.	0	— — — —
Hann. Stb. V. A.	6	— — 650 —
Hagdeb. Strb.	0	— — — —
Stettiner Strb.	0	— — — —
Südd. Eisenb.	0	— — — —
Schiffahrts-Aktien		
Argo Dampfs.	32	— — 2800 —
Dt. Aust. Dpf.	10	— — 749 —
Hbg. Am.-Pak.	8	— — — —
Hbg. Südam. Dpf.	16	930 — 925 —
Hansa Dampf.	10	708 — 600 —
Nordd. Lloyd	8	— — — —
Schles. Dampf.	15	— — 730 —
Ver. Elbeschiff.	32	— — 975 —
Bankaktien		
Bk. f. Braunid.	8	— — 605 —
do. f. Thüring.	9	— — — —
Barmer Bankv.	10	440 — 452 —
Berg. Gw. Ev.	20	— — — —
Berl. Handl. Ges.	12½	580 — 620 —
Centr. L. Bkf.	6	— — 210 —
Chemn. Bkv.	12	— — — —
Cob.-Gothaer	7	— — — —
Com.- u. Pr.-B.	7	464 — 465 —
Danz. Privatb.	12	— — 455 —
Darmst. Bank	10	465 — 465 —
Deus. Lbk.	10	— — — —
Dt.-Asiat. B.	—	— — — —
Deutsche Bk.	18	661 — 690 —
Dt. Eff.u.W.-B.	9	— — — —
Dt. Hyp. Bk.	7½	— — 200 —
Dt. Ueberseeb.	30	1990 — 1850 —
Disconto Ges.	16	599 — 608 —
Dresdn. Bank	12	660 — 592 —
Ges. Credit.-A.	11	— — 625 —
Gothr. Grdkredb	9	294 — 297 —
Hamb. Hyp.-B.	10	— — — —
Hildesh. B.	10	— — — —
Kieler Bank	11	— — — —
Leipz. Cred. A.	12	403 — 495 —
Luxemb. Int. B.	—	— — 700 —
Meingr. Hyp. B.	8	— — — —
Mitteldt. Cr. B.	10	— — 445 —
Natib. L. D.	10	438 — 440 —
Nordd. Grdk. B.	6	— — 300 —
Oesterr. Ung. St. B.	4½	57 25 40 —
do. Lladd.	6	50 25 49 —
Osnabr. Bank	8	110 — 140 —
Pfälz. B.	10	45 — 46 —
do. Hyp. B.	8	33 25 37 25
Potsdam. Kr-B.	5½	43.75 44 50
Preuss. Bodkr.	7½	23 — 28 —
do. Ctrbod. Ur	7½	— — 1450 —
do. Hyp. B.	7	92 50 97 —
do. 9. Serie 74	3	81 — 75 —
do. Erg.-Metz	3	77 50 77 75
do. Goldprior	4	43 — 44 —
Rheinl. Hyp.	10	100 — 92 —
do. neue Fr.	2½	78 — 78 75
do. Obl.	5	49 50 52 —
Anatolier I	4½	225 — 230 —
do. II	4½	225 — 250 —
Württ. Bk. An.	8	— — — —
do. Vereinsb.	8	— — — —
Berliner Brauereien		
Dalmler Mot.	5	750 — 577 —
Helmsch. Eis.	25	— — 1200 —
Dessauer Gas	11	— — 895 —
Dt. Atl. Telegr.	—	— — 1154 —
Dtsch. Lux. B.	26	1070 — 970 —
Gd. Niedert. Tel	6	810 — 760 —
do. Südam. Tel.	—	— — 900 —
do. Asphalt	20	1351 — 1399 —
do. Babcock	20	— — 1600 —
do. Erdöl	20	2900 — 2570 —
do. Gubst. Kug	20	851 — 850 —
do. Jutespinn.	13	1450 — 1400 —
Dtsch. Kabel	22	— — 1060 —
do. Kaliwerke	17	1230 — 1140 —
do. Kunstsid.	8	250 — 260 —
do. Maschfab.	14	1060 — 1000 —
do. Schoeh.	22	2150 — 2050 —
do. Spiegelgl.	12	1500 — 1300 —
do. Steingut	20	1050 — 890 —
do. Ton-u. Sk.	18	1055 — 1010 —
do. Waff. u. M.	22	1550 — 1540 —
do. Wollwerke	22	1720 — 1600 —
do. Eisenh.	15	955 — 949 —
Dinnend. R. W.	10	695 — 670 —
Donnersmarck	5	— — 1670 —
Düring & Leinm.	8	— — 675 —
do. „ A.	6	— — 272 —
Dresdn. Gas	12	— — 955 —
Dürener Met.	15	2039 — 1005 —
Dürkopp	22	— — 1950 —
Düsseldf. Eis.	10	— — 800 —
do. Eis., Draht	8½	— — — —
do. Eisenb.	30	— — — —
do. Kammgarn	15	— — 1500 —
Duxer Kohlen	10	— — — —
Dynam. Nobel	16	1080 — 970 —
Eckert Masch.	10	— — 1375 —
Eggest. Salzw.	35	1100 — 1150 —
Eilenbrg. Katt.	30	1500 — — —
Elektr. Lieferg.	24	1500 — 1376 —
Eisenbahnverb	20	— — 1030 —
Eisenerz A.-G.	0	604 50 709 —
Eisenb. Siegen	15	— — — —
Eisenw. Kraft	15	— — 1645 —
Eisenw. Meyer	25	— — 1125 —
Elberf. Farb.	20	900 — 781 —
Elektra Dresd.	5	— — 700 —
Elektr. Anlieg.	6	— — — —
Elektr. Lieferg.	24	— — 825 —
do. Lichtw. Kr.	10	724 50 602 —
do. Gtn. Zbr.	—	— — — —
Elsbach. Ch. A.	22	— — 1645 —
Em. Stw. Ulrich	9	— — 900 —
Erdmannsd. Sp.	18	— — 1100 —
Erlanger Bw.	21	— — 1510 —
Esch. Bergw.	15	1650 — 1550 —
Essener Stk.	15	— — 1445 —
Excelsior Fahrr.	20	— — 951 —
Faber Bleist.	25	1200 — 1244 —
Facon Mannst.	9	— — — —
Felten & Guill.	20	— — 1000 —
Feldmühle P.	12	— — 1100 —
Felten & Guill.	20	1246 — 1245 —
Fahr & Brinck	18	— — 1055 —
Flöther Masch.	15	— — 1405 —
Frankonia	30	— — 915 —
Friedrh. Kali	20	— — 1080 —
Gebr. & Köting	6	— — — —
Frister R.	12	— — 951 —
Gaggenauer E.	12	— — 1000 —
Gasmot. Deutz	10	1000 — 950 —
Gebhardt & Co.	25	1275 — 1200 —
Gelsenk. Bergw.	9	— — 900 —
Gelsenk. Gußst.	15	1100 — 1025 —
do. Gtn.	25	— — 1000 —
Genschow, G.	18	— — 1000 —
Gg.-Marg-Bgr	14	— — 1000 —
Gerbst. Neunz	12	— — — —
Germania Zem.	20	1050 — 1075 —
Gerresh. Glas	25	— — 1850 —
Ges. f. el. Unt.	20	1009 5 974 50
Giesel „Pz.	30	1750 — 1700 —
Girmes, J. & Co.	18	1260 — 1210 —
Glanz. Zeck.	25	— — 1900 —
Göhardt Gbr.	22	2910 — 2775 —
Goldschmidt T.	20	1305 — 1270 —
Görlitzer Wag.	24	— — 1165 —
Gothaer W. & Co.	24	1448 — — —
Grepp. Werke	44	— — 2800 —
Grün. Masch.	25	— — 1474 —
Grün & Bilfing.	7	— — 790 —
Gutm. Masch.	36	— — 1485 —
Hackst. Masch.	20	— — 1700 —
Hall. Masch.	22	— — — —
Hammers. F. H.	24	1945 — 1520 —
Hann. Masch.	30	2100 — 2011 —
do. Pap.	20	— — 1260 —
Harb W. Gumm.	24	— — 1410 —
Hark. B. St. P.	16	1520 — 1470 —
do. Brücks. kv.	20	1220 — 1230 —
do. do. St. P.	21	— — 1201 5
Harp. Bergbau	12	1585 — 1530 —
Harzm. B. H.	18	— — 1015 —
Hasper Eisen	20	— — — —
Heckmann G.	44	2900 — 2650 —
Hedwigshütte	16	— — 1300 —
Heilm. Immob.	0	1305 — 1325 —
Hein, Lehm. & Co.	28	— — 1510 —
Heine & Co.	25	— — 1040 —
Held & Franke	25	— — 1200 —
Hemmoor P.Z.	18	1185 — 1190 —
Hildeb. Mühle	0	— — 950 —
Hilger Vertriebsges.	25	1850 — 1790 —
Hille Werke	44	— — 951 —
Hilpert-Masch.	10	— — 1000 —
Hirsch Kupfer	25	850 50 901 50
do. Leder	15	980 — — —
Höchst. Farb.	20	— — 790 —
Hoesch Stahl.	24	— — 1400 —
Hoffm. Stärke	10	1500 — 1499 5
Hohenlohe	5	1500 — 890 —
Horch & Co.	8	1070 — — —
Höxter Godeh.	25	— — 1100 —
Hubert. Braun.	6	— — 1145 —
Hamb. Masch.	6	871 — 750 —
Humboldmühl.	12	— — — —
Hupfeld L.	25	— — 1050 —
Hutschenreut.	20	1500 — 1500 —
Hütw. Kayser	10	806 — — —
Ilsebergbau	12	2150 — 1880 —
Jeserich Asph.	12	— — 1400 —
Jos. Ges. A.	5	— — 601 —
John Schorndt	12	920 — 951 —
Judt & Co.	7	976 — 925 —
Junghans Gbr.	10	850 50 760 —
Kahla Porzel.	35	2000 — 1890 —
Kahlbaum	25	2000 — 1850 —
Kali. Aschersl.	10	860 — 760 —
Kammerich. W.	22	— — 1000 —
Kapler Masch.	10	— — 1200 —
Kassl. Feinstr.	20	— — 1700 —
Kattow. Berg.	20	1410 — 1285 —
Keula Eisen	10	849 — 855 —
Keyl. & Thom.	40	— — 2000 —
do. St. A.	20	— — 1000 —
Königsb. Zell.	15	— — 1300 —
Königsborn B.	20	— — 1500 —
Konkordia Bergb.	20	2200 — 2100 —
Kont. el. Nürnb	0	— — — —
do. „ A.	5	— — 670 —
Kriwad. Ges. F.	12	2125 — 2125 —
Körting Gebr.	15	940 — 750 —
Körting Elek.	50	— — 1355 —
Kostheim Zell	12	810 — 850 —
Krauss & Co.	15	— — 1400 —
Krafft, W.	15	— — 1600 —
Kronpr. Met.	22	— — 3150 —
Krüger & Co.	15	1000 — 978 —
Kruschw. Zuck	20	— — 1200 —
Kunz Troib.	25	— — 1540 —
Kupfer-Dreyb.	20	— — — —
Küppersbusch	15	— — 1600 —
Kyffhäuser Hütte	8	— — 790 —
Labmeyer & Co.	10	— — 720 —
Lachmann Gbr.	20	— — 1300 —
Laurahütte	20	1145 — 1020 —
Leipz. Grundb.	8	— — — —
do. Gummi	15	— — — —
do. Plato Zim.	30	1028 — 1050 2
do. Werks. M.	15	1100 — 1100 —
Leonh. Brauns.	10	— — — —
Leop. Grube	12	919 — 1440 —
Leopoldh. Obe.	25	3000 — 1950 —
do. Waggon	25	— — — —
Lindes Eismasch.	15	— — 990 —
Lindesh. Stahl	15	— — 1199 —
Lindstr. Carl	20	— — 929 —
Lingel Schuhf.	12	— — 951 —
Lingner	25	— — 830 —
Linke Hofmann	24	1500 — 1300 —
Lokomotiv W. & Co.	24	1270 — 1235 —
Lorenz G.	25	1076 — 950 —
Lothr. Bg. u. H.	11	949 — 861 —
Luckenwalder	20	790 — 801 —
Lüdensch. M.	30	— — 1101 —
Lüneb. Wachs	20	1202 — 1210 —
Luther Masch.	18	3300 — 2200 —
Magirus G. D.	12	755 — 800 —
Mannesmann	15	1740 — 1610 —
Marie cons Bw.	15	1905 — 1900 —
Mitteldt. Kokw.	2	— — 950 —
Mitteldt. Stahl	20	— — 1500 —
Märk.-Westf. B.	18	— — — —
Markt-Köhlha.	12	— — 949 —
Masch. Breuer	13	— — 980 —
do. Buckau	20	— — — —
do. Kappel	30	— — 2250 —
M. Web. Linden	35	1300 — 1301 —
do. Zittau	26	— — 1661 —
Meguin & Co.	—	— — 1350 —
Meltzer Tilli	20	— — 1132 —
Merkur Wolle	12	— — 1300 —
Dr. Paul Meyer	21	— — 730 —
Miltwoier Eis.	—	— — 115 —
Mix & Genest	15	— — 1050 —
Mühl. Bergw.	12	1380 — 1360 —
C. Müller Gum.	15	— — 812 —
Müller Speisef.	30	— — 1420 —
Neckarwerke	5½	— — — —
Neptun Schiff.	12	851 — — —
Neu-Westend	—	— — 4475 —
Niederl. Kohl.	22	— — 1450 —
Niederschl. T.	7	— — — —
Nitritfabrik	16	1288 — 1250 —
Nordd. Gummi	0	— — 700 —
do. Eisenwerke	20	1030 — 1030 —
do. Jute V. St.	12	— — — —
do. do. LA	15	— — 1500 —
do. Wollkäm.	24	1240 — 1270 —
Nürnb. Bkv. W.	20	1081 — 1080 —
Oberschl. El. B.	25	1035 — 1050 —
do. Eisen Garo.	25	1300 — 1330 —
do. Kokswerk	22	1705 — 1600 —
Odenw. Hartst.	20	— — — —
Oelwerk Stahl	20	— — 1105 —
Ohles Erben	2½	— — 841 —
Oppeln P.-Z.	30	— — 1335 —
Orenst. & Kopp	31	1471 — 1451 —
Osnab. K. Eis.	15	— — 1095 —
Ottenser Eisen	15	— — 1120 —
Panzer	15	— — 1330 —
Peipers & Co.	25	— — — —
Pfersee Spin.	18	— — — —
Phönix Bgw.	20	1390 — 1300 —
Pianos A. G.	15	— — 1624 —
Plauener Gard.	45	— — 1480 —
do. Spitzen	12	— — 1150 —
do. Tull	15	900 — 825 —
Pöge Herm. El.	17	— — 765 —
Polyphon	20	— — 1100 —
Poppe & Wirth	30	— — 1241 —
Rathgeber Wa.	21	— — 1322 —
Rauchw. Walt.	22	2615 — 2510 —
Ravensb. Spin.	16	— — 1855 —
Reichelt Metall	25	1510 — 1500 —
Reinecker L. E.	20	— — 1100 —
Reiß Pap. Hb.	20	— — 1000 —
Rheidt Elektr.	0	490 — 300 —
Rheinfeld. Kr.	20	— — — —
Rhein. Braunk.	0	— — 1300 —
Rhein. Stahlw.	20	— — — —
do. V. A.	30	730 — 706 —
do. Möbelstoff	40	— — 1500 —
do. Spiegelgl.	20	— — 1500 —
do. Stahlw.	12	1545 — 1480 —
Rütgerswerke	30	647 — 520 —
Richter, Dav.	20	— — — —
Riebeck Mont.	15	1400 — 1400 —
Riebeck Ölw. D.	15	1300 — 975 50
R